

Der Süden macht Sorgen

Eurokrise. Erst Griechenland, jetzt Spanien und als Nächstes womöglich Italien – eine Krise folgt der anderen, und für keine scheint eine Lösung in Sicht. Kaum dass die Eurozone den spanischen Banken Hilfen zugesagt hat, stuft die Ratingagentur Moody's die Bonität der Iberer um drei Stufen herab. Doch Spanien und Italien stehen bei weitem besser da als das abgewirtschaftete und reformunfähige Hellas.

Das Versprechen ist groß: Bis zu 100 Milliarden Euro aus dem Rettungsschirm sollen Spaniens Banken krisenfest machen. Dafür müssen die Iberer noch nicht einmal viele strenge Auflagen erfüllen – und das zu Recht. Denn die spanische Wirtschaft steht trotz aller Probleme im Banken- und Immobiliensektor we-

sentlich besser da als etwa die griechische – wenngleich die Lage alles andere als rosig ist:

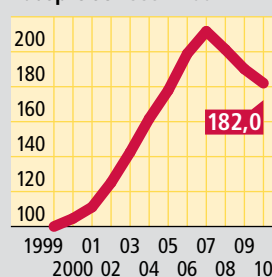
Banken- und Immobilienkrise. Die spanischen Banken leiden unter milliardenschweren faulen Immobilienkrediten und trauen sich gegenseitig nicht mehr über den Weg, die Immobilienkrise schwelt weiter, die Wirt-

schaft steckt in einer Rezession und die Staatsschulden steigen.

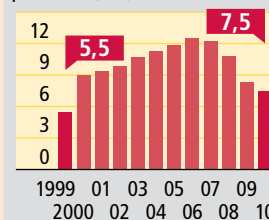
Die Ursache dafür ist vor allem der fulminante Bauboom vor der Krise. Bei niedrigen Zinsen lohnte es sich, Häuser zu bauen und zu kaufen. Hohe Investitionen und steigende Häuserpreise (Grafik) kurbelten Wachstum und Beschäftigung in der Baubranche – und auch in der Gesamtwirtschaft – kräftig an. Die Banken spielten das Spiel gerne mit und vergaben in der Hoffnung auf immer höhere Immobilienpreise zu großzügig Kredite. Damit stiegen die Risiken in den Bankbilanzen →

Die Immobilienblase in Spanien

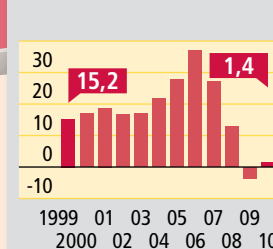
Hauspreise 1999 = 100



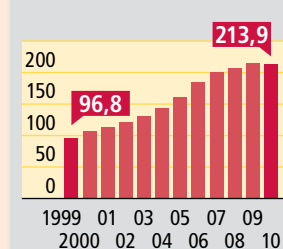
Wohnungsbauinvestitionen
in Prozent des Bruttoinlands-
produkts (BIP)



Private Kreditvergabe
in Prozent des BIP



Private Verschuldung
in Prozent des BIP



Private Verschuldung: konsolidierte Daten; Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 25

Inhalt

Branchenkonzunktur. Die Eurokrise trifft in Deutschland vor allem die Industrie. Im internationalen Vergleich sind die Perspektiven hierzulande aber noch recht günstig.
Seite 4-5

Erdöl. Das Ölembargo der EU gegen den Iran dürfte kaum Auswirkungen auf die Ölversorgung haben, sofern der Atomstreit mit Teheran nicht militärisch eskaliert.
Seite 6

Weiterbildung. Maßnahmen zur Weiterqualifizierung lohnen sich auch für ältere Arbeitnehmer. Die Unternehmen sowie die Gesellschaft profitieren davon ebenfalls.
Seite 7

Familienunternehmen. Gut jedes dritte deutsche Großunternehmen wird von einer Familie geführt – und die möchte meist, dass die Firma in ihren Händen bleibt.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ und die Verschuldung von Haushalten und Unternehmen.

Mit der Krise hat sich die spanische Staatsverschuldung beinahe verdoppelt: Zwischen 2007 und 2011 kletterte sie von 36 auf fast 69 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Der Staat musste im Zuge von Bankenrettungen private Schulden übernehmen, schnürte in der Finanzkrise teure Konjunkturpakete und litt gleichzeitig darunter, dass seine Steuereinnahmen – die im Boom überreichlich geflossen waren – nun anhaltend einbrachen.

Entschlossene Reformpolitik. Anders als in Griechenland ist in Spanien vor der Finanzkrise nie der fiskalische Schlendrian eingezogen. Im Gegenteil:

Während die griechischen Staatsschulden zwischen 1999 und 2007 von 95 auf 107 Prozent des BIP stiegen, senkte Spanien seine Schuldenquote von 62 auf 36 Prozent.

Möglich war das, weil Spanien deutliche Überschüsse im öffentlichen Haushalt erwirtschaftete – von bis zu 2,4 Prozent des BIP im Jahr 2005. Die Iberer haben also demonstriert, dass Politik und Bevölkerung konsolidieren können. Das sollte den Finanzmärkten eigentlich mehr Vertrauen einflößen – zumal Madrid auch in anderen Bereichen eine bemerkenswerte Entschlossenheit zu Reformen gezeigt hat und zeigt.

So hat die spanische Regierung wichtige Weichen gestellt, um die Staatsfinanzen mittelfristig in Ordnung zu bringen und zu halten. Ähnlich wie in Deutschland sind zum Beispiel das Renteneintrittsalter erhöht und künftige Rentensteigerungen durch die Bindung an die Lebenserwartung vermindert worden. Eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse schreibt mit-

telfristig einen strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt vor und beinhaltet einen verpflichtenden Ausgleichsmechanismus bei einer vorübergehenden Regelverletzung.

Zudem können die 17 spanischen Regionen (Comunidades Autónomas) künftig vom Zentralstaat zur Fiskaldisziplin gezwungen werden. Das ist deshalb besonders wichtig, weil die Regionen in der Vergangenheit riesige Schuldenberge angehäuft haben – in der Spitze bis zu 20 Prozent des regionalen Bruttoinlandsprodukts.

Rein wirtschaftlich spielen die Spanier auch in einer ganz anderen Liga als die Hellenen. Vor allem hat das Land zwischen Gibraltar und Bilbao einen florierenden Exportsektor und eine inzwischen bereits wieder nahezu ausgeglichene Handelsbilanz. In Griechenland sucht man eine solche Stütze vergebens.

Allerdings dürfte die Eurozone noch lange nicht zur Ruhe kommen, selbst wenn sich die Lage in Spanien beruhigt. Denn auch Italien gilt mittlerweile als Wackelkandidat. Und wie bei Spanien muss man hier ebenso sagen: größtenteils zu Unrecht.

Italien hat zwar mit 120 Prozent des BIP eine hohe Staatsschuldenquote, die Banken leiden unter Verlusten durch sinkende Kurse italienischer Staatsanleihen und die Wirtschaft befindet sich gerade in einer Rezession. Zudem hat das Land an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und Exportmarktanteile verloren.

Doch gibt es auch eine Menge Positives zu melden. So hat Italien – trotz der hohen Schulden – ein wesentlich niedrigeres öffentliches Budgetdefizit als Griechenland und Spanien. Von beiden Ländern unterscheidet sich Bella Italia auch da-

Die Krisenstaaten –

Was spricht gegen Spanien?



- Hohes Budgetdefizit
- Budgetrisiken durch Bankenpleiten und Eurohilfen
- Probleme im Bankensektor wegen geplatzter Immobilienblase, weiter sinkender Hauspreise und Pleiten von Kreditnehmern
- Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch starke Lohn- und Preisanstiege
- Hohe private Verschuldung vor allem wegen vorheriger Immobilienblase
- Hohe Auslandsverschuldung wegen zuvor hoher Leistungsbilanzdefizite
- Rezession mit Gefahr von Kreditklemme für Mittelstand und Exportunternehmen
- Sehr hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit, schwache Wirtschaftsentwicklung vor allem wegen sinkender Hauspreise und schrumpfender – oftmals stark überdimensionierter – Bauwirtschaft
- Mittelfristige Belastung der Konjunktur durch Schuldenabbau im Privatsektor
- Gedämpftes Wachstumspotenzial durch Schwächen bei Produktivitätsentwicklung, Bildung und Forschung

Was spricht für Spanien?

- Relativ geringe Staatsschulden
- Mittelfristige Schuldenentlastung durch Rentenreform, neue Schuldenbremse in der Verfassung
- Politik und Bevölkerung haben bewiesen, dass sie konsolidieren und Schulden über längere Zeit abbauen können
- Stabile Regierungsverhältnisse, Bevölkerung trägt Reformen weitgehend mit
- Weitere entschiedene Reformen, auch am Arbeitsmarkt
- Passabel funktionierende Verwaltungsstrukturen
- Relativ gute Entwicklung der Exportperformance seit 1999
- Zuletzt deutliche Verminderung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits
- Sehr gute aktuelle Exporterfolge
- Relativ hohe gesamtwirtschaftliche Ersparnis mindert Abhängigkeit von Auslandskapital
- Relativ hohe gesamtwirtschaftliche Investitionsquote
- Mäßig hoher Industrieanteil an Bruttowertschöpfung
- Sehr gutes Abschneiden bei Produktmarktregulierung
- Passables Abschneiden bei Unternehmensregulierung

Pro und Contra

Was spricht gegen Italien?



Hoher Schuldenstand

Verspieltes Vertrauen durch Berlusconi

Mäßige Probleme im Bankensektor wegen Kursverlusten bei Staatsanleihen, Rezession und Abzug ausländischen Kapitals

Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch starke Lohn- und Preisanstiege

Schlechte Entwicklung der Exportperformance, starke Exportmarktanteilsverluste

Mäßiges Leistungsbilanzdefizit

Rezession mit Gefahr von Kreditklemme für Mittelstand und Exportunternehmen

Gedämpftes Wachstumspotenzial durch Schwächen bei Produktivitätsentwicklung, Bildung und Forschung

Mäßig überzogene Produktmarktregulierung, Reformen sollen kommen

Überzogene Unternehmensregulierung

Was spricht für Italien?

Relativ geringes öffentliches Budgetdefizit, Primärsaldo schon im Plus

Mittelfristige Schuldenentlastung durch Rentenreform, neue Schuldenbremse in der Verfassung

Geringe absehbare zukünftige Schuldenlasten vor allem bei Renten- und Krankenversicherung

Politik und Bevölkerung haben bewiesen, dass sie konsolidieren und Schulden über längere Zeit abbauen können

Stabile Regierungsverhältnisse, Bevölkerung trägt Reformen weitgehend mit

Weitere Reformen, auch am Arbeitsmarkt, stehen kurz vor der Verabschiedung

Passabel funktionierende Verwaltungsstrukturen

Leicht rückläufiges Leistungsbilanzdefizit

Mäßige aktuelle Exporterfolge

Relativ hohe gesamtwirtschaftliche Ersparnis mindert Abhängigkeit von Auslandskapital

Relativ hohe gesamtwirtschaftliche Investitionsquote

Relativ hoher Industrieanteil an Bruttowertschöpfung

Gutes Abschneiden bei der Arbeitsmarktregulierung

Relativ gesundes Bankensystem

Keine hohe Auslandsverschuldung

Sehr hohes Privatvermögen

Was spricht gegen Griechenland?



Extrem hoher Schuldenstand, hohes Budgetdefizit

Gravierende Probleme im Bankensektor wegen Kursverlusten von Staatsanleihen, Rezession, Abzug ausländischen Kapitals

Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch starke Lohn- und Preisanstiege

Schlechte Entwicklung der Exportperformance, starke Exportmarktanteilsverluste

Hohe Auslandsverschuldung wegen zuvor sehr hoher Leistungsbilanzdefizite

Weiterhin mäßig hohes Leistungsbilanzdefizit trotz tiefer Rezession

Sehr geringe gesamtwirtschaftliche Sparquote, deshalb hohe Abhängigkeit von Auslandskapital

Relativ geringes Privatvermögen

Starke Rezession mit erheblicher Kreditklemme für Mittelstand und Exportunternehmen

Sehr hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit, sehr schwache Wirtschaftsentwicklung auch wegen schrumpfender – vormals überdimensionierter – Bauwirtschaft

Gedämpftes Wachstumspotenzial durch Schwächen bei Produktivitätsentwicklung, Bildung und Forschung

Stark überzogene Produktmarktregulierung, Reformen sollen kommen, aber Umsetzung fraglich

Stark überzogene Unternehmensregulierung

Geringer Industrieanteil

Instabile Regierungsverhältnisse, Bevölkerung trägt Reformen immer weniger mit

Kaum funktionsfähige Verwaltungsstrukturen

Was spricht für Griechenland?

Erhebliche Einsparungen im Staatshaushalt

Mittelfristige Schuldenentlastung durch Rentenreform

Weitere Reformen, auch am Arbeitsmarkt und am Produktmarkt, Umsetzung teils fraglich

Unterstützung durch EU-Kommission beim Aufbau funktionierender Verwaltungsstrukturen

Mäßig rückläufiges Leistungsbilanzdefizit

Gute aktuelle Exporterfolge

durch, dass das Leistungsbilanzdefizit durchweg überschaubar geblieben ist – und damit auch die Auslandsverschuldung. Auch gibt es keine Last mit überschuldeten Haushalten und den Folgewirkungen einer geplatzten Immobilienblase.

Darüber hinaus hat Regierungschef Mario Monti – mit einer von der Europäischen Kommission und dem Internationalen Währungsfonds in hohen Tönen gelobten Reformpolitik – viel von dem Vertrauen wiedergewonnen, das Silvio Berlusconi verspielt hatte. Der ehemalige EU-Kommissar Monti hat bereits einige Konsolidierungsprogramme auf den Weg gebracht, Abgaben erhöht und die Steuerhinterziehung mit kreativen Mitteln bekämpft (vgl. iwd 14/2012).

Schon dieses Jahr dürfte Italiens Budgetdefizit die 3-Prozent-Grenze unterschreiten – die EU-Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose sogar von nur 2 Prozent des BIP aus.

Und das Wichtigste: Seit kurzem ist in der italienischen Verfassung ebenfalls eine Schuldenbremse verankert, die auch künftige Regierungen verpflichtet, mittelfristig einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zu erreichen.

Montis Reformeifer geht zudem weit über das reine Sparen hinaus. Der Ministerpräsident setzt mit Investitionen in Infrastruktur und Bildung auch auf Wachstumsimpulse. Zudem will er eine weitreichende Arbeitsmarktreform bald durch das Parlament bringen – notfalls, indem er die Vertrauensfrage stellt.

Angesichts dieser Reformen und der Substanz der italienischen Wirtschaft betont Monti zu Recht, dass Italien stark genug sei, sich ohne Hilfen des Euro-Rettungsfonds selbst aus der Patsche zu ziehen.

Bislang nur wenige Blessuren

Branchenkonzunktur. Die Schuldenkrise in der Eurozone verschärft sich – davon bleibt auch die deutsche Wirtschaft nicht unberührt. Vor allem in der Industrie ist die Erholung ins Stocken geraten. Im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern sind die Konjunkturperspektiven in Deutschland aber noch recht günstig. Daher blieben die hiesigen Unternehmen quer durch alle Branchen bis zuletzt überwiegend zuversichtlich.

Die südlichen Euroländer haben nach wie vor schwer mit ihren hohen Schulden und der rückläufigen Wirtschaftsleistung zu kämpfen; in jüngster Zeit hat sich die Situation sogar nochmals verschlechtert (vgl. Seite 1-3). Verglichen damit präsentiert sich die deutsche Wirtschaft nach wie vor in sehr robuster Verfassung. Nachdem das um Preis-, Saison- und Kalendereffekte bereinigte Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2011 gesunken war, gab es im ersten Vierteljahr 2012 gegenüber dem Vorquartal wieder ein Plus von 0,5 Prozent – deutlich mehr, als Konjunkturforscher erwartet hatten.

Bei genauem Hinsehen hinterlässt die Krise im Süden Europas aber durchaus ihre Spuren in der deutschen Konjunkturentwicklung. Dies gilt in erster Linie für die größtenteils

besonders exportorientierte Industrie. Dort war der Trend zuletzt nicht allzu positiv (Grafik):

Verglichen mit dem jeweiligen Vorquartal sank die industrielle Bruttowertschöpfung im vierten Quartal 2011 real um 1,7 Prozent und trat im ersten Vierteljahr 2012 nahezu auf der Stelle.

Damit haben sich die Industriebetriebe auch nicht weiter von jenem Einbruch erholt, den sie aufgrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 erlitten hatten: Die preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttowertschöpfung ist noch immer rund 8 Prozent niedriger als Anfang 2008.

In den anderen großen Wirtschaftsbereichen sieht es deutlich besser aus. Im Dienstleistungssektor übersteigt die reale Wertschöpfung

das Niveau von vor vier Jahren mittlerweile um fast 5 Prozent, und der Aufwärtstrend setzte sich bis zuletzt fort. Das Baugewerbe verbuchte 2011 mit 3,5 Prozent sogar das höchste Plus seit 1994. Auch im Winterhalbjahr 2011/12 konnten die Baufirmen Zuwächse vermelden.

Dadurch haben diese beiden Sektoren die Konjunktur in jüngster Zeit maßgeblich angetrieben und die von den Turbulenzen auf den Auslandsmärkten verursachte Stagnation der Industrie aufgefangen.

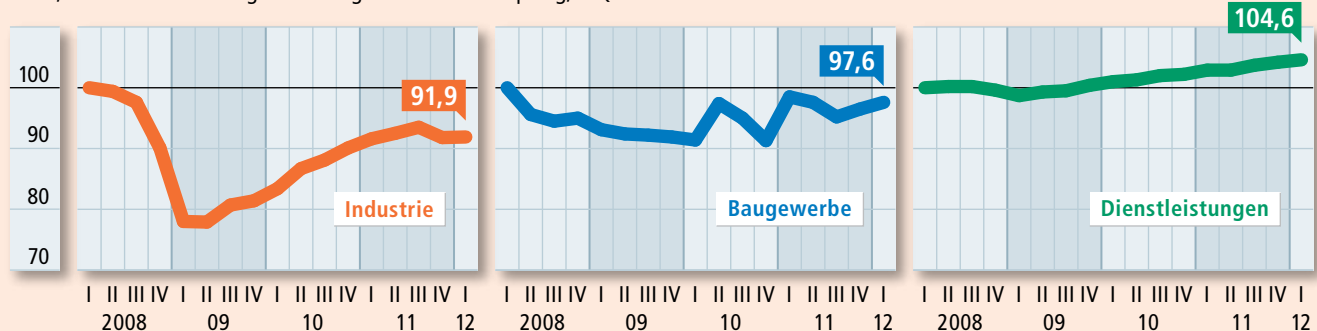
Schwarz muss man aber auch für das Verarbeitende Gewerbe nicht sehen – vor allem im internationalen Vergleich sind die Aussichten nach wie vor recht gut (Grafik Seite 5):

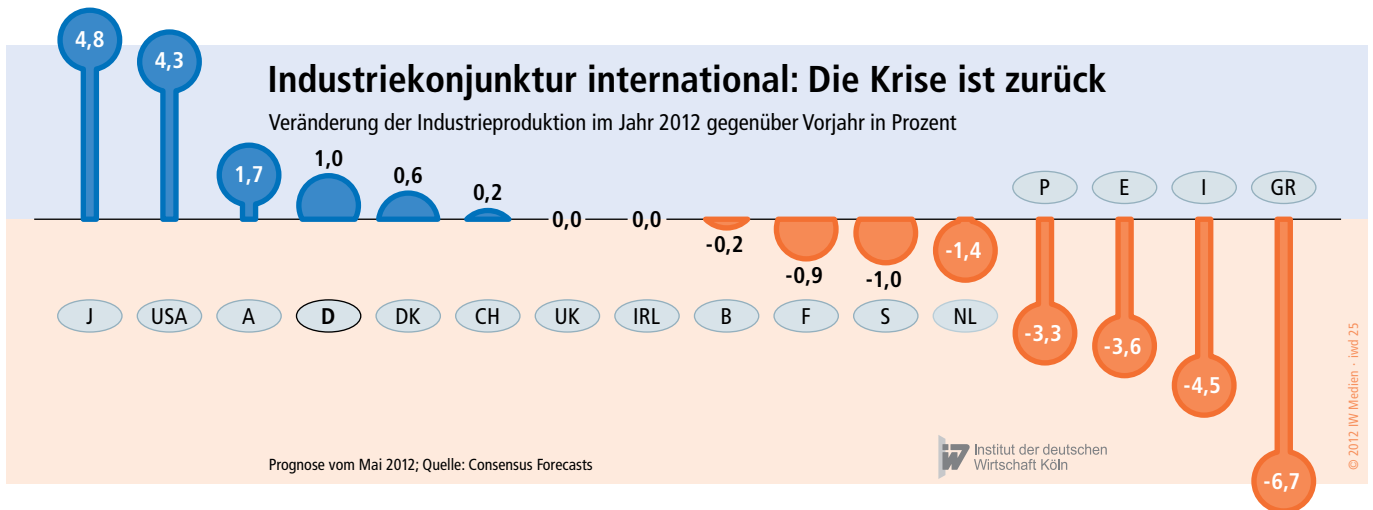
Die jüngsten Prognosen verschiedener Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass die Produktion der deutschen Industrie 2012 im Schnitt immerhin um 1 Prozent zulegen wird.

Nur die Perspektiven für die USA und Japan sind deutlich besser als für die Bundesrepublik – das erwartete Produktionsplus der japanischen Industrie von fast 5 Prozent ist allerdings im Wesentlichen darauf zu-

Deutsche Konjunktur: Industrie schwächt wieder

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung, 1. Quartal 2008 = 100





rückzuführen, dass sich die Firmen von der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe erholen. In vielen anderen Ländern dürfte die Industrieproduktion dagegen stagnieren. Für die Euro-Krisenstaaten befürchten die Konjunkturforscher sogar ein Minus von bis zu 7 Prozent.

Zwar sind sich die Experten auch beim Blick auf Deutschland nicht ganz einig. Den Optimisten, die ein Plus der Industrieproduktion von über 2 Prozent für möglich halten, stehen Pessimisten gegenüber, die von einem Rückgang um gut 1 Prozent ausgehen. Ohnehin sind diese Prognosen nicht in Stein gemeißelt, vor allem, wenn sich die Krise im Euroraum weiter zuspitzen sollte.

Doch zumindest bislang haben die Probleme der anderen Länder die deutsche Wirtschaft nicht aus dem Tritt gebracht, und die Betriebe sind überwiegend zuversichtlich. So gehen 39 Prozent der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Frühjahr befragten Unternehmen für 2012 von einer steigenden Produktion aus, nur knapp 17 Prozent erwarten einen sinkenden Output (vgl. iwd 17/2012). Dabei zieht sich der Optimismus quer durch alle Bereiche einschließlich der Industrie (Grafik). Zudem sind die Zahlen sowohl für West- als auch für Ostdeutschland zumeist ermutigend:

- **Industrie.** Fast 40 Prozent der westdeutschen und sogar 47 Prozent der ostdeutschen Unternehmen gehen von einem Produktionsplus im Jahr 2012 aus, nur 20 bzw. 15 Prozent von einem Rückgang. Besonders positiv gestimmt sind dabei die Hersteller von Maschinen und Produktionsanlagen:

Im Westen erwarten 48 Prozent der Investitionsgüterhersteller einen Zuwachs ihrer Fertigung, im Osten sind es sogar 58 Prozent.

Die Konsumgüterproduzenten sind zwar insgesamt zurückhaltender, doch die relative Mehrheit äußert sich ebenfalls positiv.

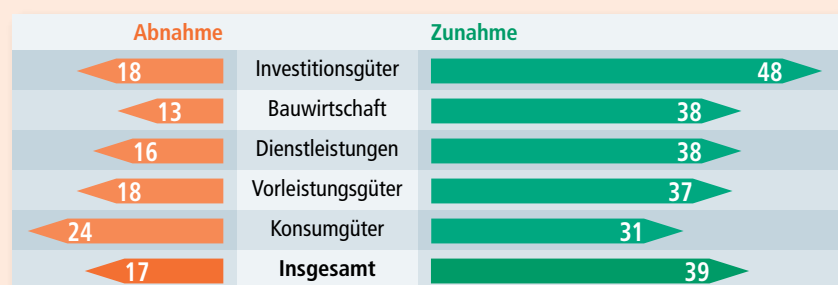
- **Bauwirtschaft.** Hier konzentriert sich der Optimismus auf die alten Bundesländer, wo immerhin 38 Prozent der Firmen mit einem weiteren Anstieg der Bauleistungen rechnen.

In Ostdeutschland tun dies zwar nur 24 Prozent, allerdings ist dieser Anteil immer noch höher als die Quote jener Betriebe, die schlechtere Geschäfte erwarten (22 Prozent).

- **Dienstleistungen.** Die Perspektiven der Servicebranchen sind fast identisch mit denen der Gesamtwirtschaft – was angesichts des rund 70-prozentigen Anteils der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt wenig überrascht. Auch unterscheiden sich die Einschätzungen innerhalb Deutschlands kaum. Im Westen gehen 38 Prozent der Serviceunternehmen davon aus, dass sie 2012 bessere Geschäfte machen als im Vorjahr; im Osten sind es 36 Prozent. Lediglich 16 Prozent der westdeutschen Dienstleister und nur 13 Prozent der Betriebe im Osten befürchten eine Verschlechterung.

Deutsche Konjunktur: Noch herrscht Zuversicht

So viel Prozent der Unternehmen aus diesen Bereichen erwarten für 2012 eine Zunahme bzw. Abnahme der Produktion



Rest zu 100: gleichbleibend
Quelle: IW-Befragung von 2.390 Unternehmen in Deutschland im März/April 2012

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das Embargo tangiert Europa kaum

Erdöl. Anfang Juli tritt das Ölembargo der Europäischen Union gegen den Iran in Kraft. Aller Voraussicht nach dürfte dies aber kaum Auswirkungen auf die Ölversorgung haben – es sei denn, der Atomstreit mit Teheran eskaliert militärisch.

Der Streit ist nicht neu: Schon seit Jahren verfolgt der Iran nach eigenen Angaben ein rein ziviles Atomprogramm, mit dem die Kernenergie als Baustein zur Sicherung der Stromversorgung entwickelt werden soll. Ob dieses Programm allerdings allein friedlichen Zwecken dient, wird international bezweifelt. Viele Staaten befürchten vielmehr, dass der Iran heimlich an der Entwicklung von Nuklearwaffen arbeitet. Atombomben im Iran – das wäre ein massives Sicherheitsrisiko im Nahen Osten, insbesondere für Israel.

Um eine iranische Kernwaffe zu verhindern, wird nicht nur politischer Druck auf Teheran ausgeübt, son-

dern auch wirtschaftlicher. So hat die Europäische Union zu Jahresbeginn ein Embargo auf Öl aus dem Iran ausgesprochen. Am 1. Juli tritt es in Kraft.

Die EU-Länder können mit dem Importstopp gut leben, denn Europa kauft nur einen sehr kleinen Teil seines Öls in der islamischen Republik (Grafik):

Europa bezog im vergangenen Jahr gerade mal 4 Prozent seiner Rohölimporte aus dem Iran.

Auch auf dem Weltmarkt dürfte das Embargo keine Preisexplosion hervorrufen – und zwar aus mehreren Gründen:

- Der Iran steuerte zuletzt nur noch rund 5 Prozent zum weltweiten Ölangebot bei. Fällt nun ein Teil dieser ohnehin geringen Menge weg, ist das auf dem Weltmarkt in der aktuellen konjunkturellen Situation durchaus verkraftbar.
- Das europäische Embargo führt nicht zu einem vollständigen Versie-

gen der iranischen Öllieferungen. Der Grund dafür: Teheran exportiert derzeit doppelt so viel Rohöl nach Asien wie nach Europa. Um dieses Liefervolumen aufrechtzuerhalten, bietet der Iran diesen Ländern sein Öl teilweise sogar zu günstigeren Preisen an.

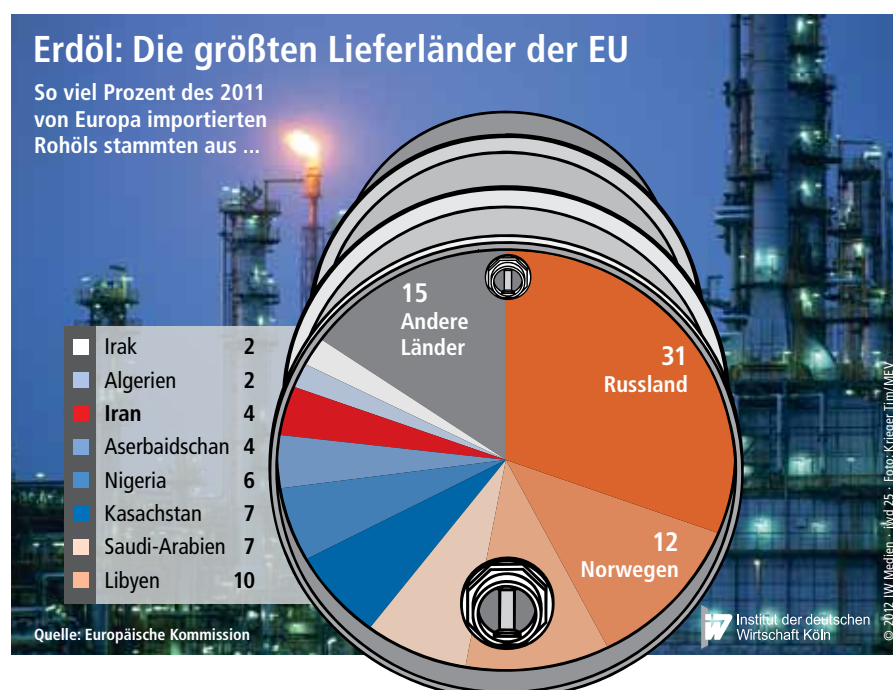
- Das Embargo kommt nicht überraschend. Die veränderte Marktsituation wird schon heute im Ölpreis abgebildet.

Anders sähe es aus, sollte sich der Atomstreit zuspitzen und es im Nahen Osten zu einer militärischen Eskalation kommen. Dann würde nicht nur der Iran weniger Öl exportieren, sondern die gesamte Golfregion könnte ihre Lieferungen nicht mehr ohne weiteres aufrechterhalten. Denn bei einer kriegerischen Auseinandersetzung käme es zu einer Sperrung der Straße von Hormus, der wichtigsten Schifffahrtsstraße für den Transport von Rohöl.


In diesem Fall könnte Saudi-Arabien, das gegenwärtig rund 12 Prozent der weltweiten Ölnachfrage befriedigt, seine Kunden ebenfalls nicht länger beliefern.

Selbst wenn ein Teil der Ölversorgung per Pipelines gesichert werden könnte, würde der Ölpreis zumindest für kurze Zeit massiv steigen.

Doch dies ist derzeit nicht allzu wahrscheinlich. Der Iran gilt angesichts sinkender Erdölpreise und der Auswirkungen des Embargos momentan als kompromissbereit. Kein Wunder: Rohöl ist die wichtigste Einnahmequelle des Landes. Im Jahr 2010 trugen die Ölexporte 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei (vgl. iwd 38/2011).



Kluge Altersreserve

Weiterbildung. Die Lektüre von Fachzeitschriften, der Besuch von Messen und Kongressen sowie die Teilnahme an berufsbezogenen Lehrgängen lohnen sich auch für ältere Arbeitnehmer. Eine IW-Studie zeigt, was Bildungsanstrengungen in der zweiten Lebenshälfte konkret bringen. 

Der demografische Wandel – also die Tatsache, dass die Bevölkerung in Deutschland immer älter wird und gleichzeitig schrumpft – hat viele Konsequenzen. Eine lautet: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird kleiner. Heute leben in der Bundesrepublik etwa 50 Millionen Menschen zwischen 20 und 65 Jahren, 2060 werden es voraussichtlich nur noch rund 33 Millionen sein.

Um den Bedarf an gut qualifizierten Fachkräften trotzdem langfristig zu sichern, setzt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verstärkt auf die „Bildung in der zweiten Lebenshälfte“. Aus gutem Grund: Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, dass Menschen, die sich im fortgeschrittenen Alter fort- und weitergebildet haben, in mehrfacher Hinsicht von ihrem Lernwillen profitieren – und dass darüber hinaus auch die beteiligten Betriebe sowie die Gesamtwirtschaft etwas davon haben:

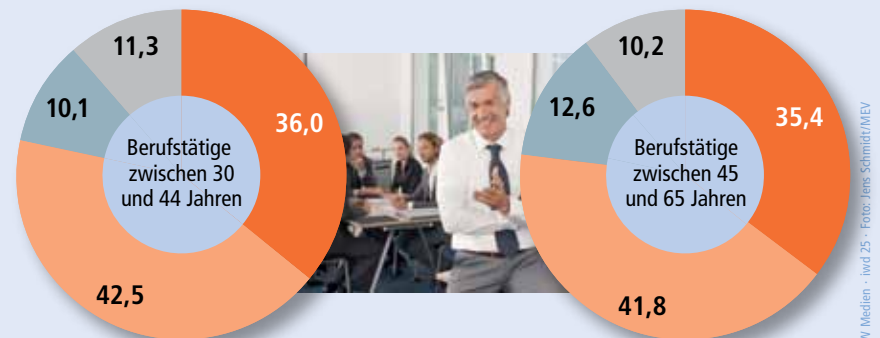
- Die meisten Menschen, die sich in späteren Berufs Jahren noch einmal weiterqualifiziert haben, ziehen ein positives Resümee (Grafik):

Drei von vier über 45-jährigen Berufstätigen, die an einer Weiterbildung teilgenommen haben, geben an, dass sich die Anstrengung gelohnt hat.

Weiterbildung zahlt sich aus

Auf die Frage, ob sich eine berufliche Weiterbildung gelohnt habe, antworteten so viel Prozent der Befragten mit ...

■ ... sehr ■ ... ein wenig ■ ... gar nicht ■ ... weiß nicht, noch nicht zu sagen



Befragung von 3.111 Berufstätigen im Sommer 2008, die in den vorangegangenen drei Jahren eine berufliche Weiterbildung absolviert haben; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 25 - Foto: Jens Schmidt/MEV

Für Frauen in diesem Alter rentiert sich eine Weiterbildung im Schnitt mit einem 6,5 Prozent höheren Lohn, Männer ab 45 können immerhin ein Lohnplus von durchschnittlich 3,9 Prozent verzeichnen. Doch die Weiterbildung bringt nicht nur materielle Vorteile. Wer in der zweiten Lebenshälfte noch einmal die Schulbank drückt, macht sich auch weniger Sorgen um seinen Arbeitsplatz als gleichaltrige Personen, die sich nicht weiterqualifizieren.

- Auch die Unternehmen profitieren von den Weiterbildungsaktivitäten der älteren Mitarbeiter: Durch neue Kenntnisse und Fähigkeiten, die diesen Beschäftigten idealerweise direkt am Arbeitsplatz vermittelt werden, steigt die Produktivität im Betrieb. Vor allem für innovative Firmen ist die Weiterbildung der fortgeschrittenen Semester von Bedeutung: Eine kompetente Belegschaft, die über alle Generationen hinweg das nötige Wissen über neue Prozesse und Produkte parat hat, entwickelt mehr kreative Ideen als weniger qualifiziertes Personal.

- Für die Gesellschaft lohnen sich die Weiterbildungsaktivitäten der Älteren ebenfalls: Wenn Frauen und Männer jenseits der 45 neue Qualifikationen erwerben, erhöhen sie damit ihre Beschäftigungsfähigkeit – der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung steigt also. Gelänge es auf diese Weise, das durchschnittliche Rentenzugangsalter in Deutschland um zwei Jahre zu erhöhen, hätte dies deutliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum:

Die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) könnte so um mehr als 0,2 Prozentpunkte steigen.

Für 2030 würde das ein um fast 100 Milliarden Euro höheres BIP bedeuten, 2035 käme sogar ein Plus von 140 Milliarden Euro zusammen.



Information

IW-Gutachten

Christina Anger, Vera Erdmann, Axel Plünnecke, Oliver Stettes: Bildung in der zweiten Lebenshälfte – Bildungsrendite und volkswirtschaftliche Effekte

www.iwkoeln.de/studien/gutachten

Sohn oder Tochter bevorzugt

Familienunternehmen. Mehr als jedes dritte deutsche Großunternehmen wird von einer Familie geführt – und die möchte in der Regel, dass das so bleibt. Dies sind zentrale Ergebnisse einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn für den Bundesverband der Deutschen Industrie und die Deutsche Bank.

In Deutschland gibt es ungefähr 4.400 Familienunternehmen mit jeweils mehr als 50 Millionen Euro Umsatz. Die oftmals über Generationen hinweg aufgebauten Firmen unterscheiden sich in einem Punkt grundlegend von anderen Unternehmen: Die Sicherung des Betriebs und seines Kapitalbedarfs hat für die Eigentümer Priorität. Hohe Ausschüttungen sind dagegen zweitrangig, sagen 94 Prozent der vom IfM befragten Unternehmer (Grafik).

Diese Haltung ist verständlich: Wer nicht ständig Quartalszahlen präsentieren muss, um Analysten

und Aktionäre zufriedenzustellen, kann sich besser auf die Zukunft konzentrieren und langfristige Pläne schmieden.

Über vier Fünftel der Familienunternehmer möchten die Anteilmehrheit in der Familie halten und keine Aktien ausgeben oder Anteile an Investoren veräußern.

Das Kapital für eine Expansion auf neue Märkte oder in neue Geschäftsfelder müssen diese Firmen daher anderweitig aufbringen – meist werden die Gewinne dazu verwendet.

Etwa 1.000 große deutsche Familienunternehmen gehören zu den sogenannten Hidden Champions. Sie zählen in ihrem Marktsegment – oft einer hoch spezialisierten Nische wie Spezialstecker oder Hochhausfassaden – zu den Top Drei in Europa oder der Welt.

Ohne innovative Produkte und Leistungen wäre dies nicht möglich. Deshalb stecken die größten Familienunternehmen viel Geld in die Forschung und Entwicklung (FuE):

Die industriellen Familienunternehmen investieren 4,6 Prozent des Umsatzes in FuE-Aktivitäten – im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt sind es nur 3,2 Prozent.

Eine Schicksalsfrage ist für jede Familienfirma, wer einmal das Staffelhölz übernimmt. Ein geeigneter

Familienunternehmen: Die Firma zählt

So viel Prozent der Familienunternehmen halten diese Aspekte der Unternehmensführung für sehr wichtig oder wichtig

Sicherung des Unternehmens hat Priorität vor den Einzelinteressen der Gesellschafter **94**

Führung des Unternehmens nach langfristigen Zielen und Strategien **93**

Präferenz für die Beibehaltung der Anteilmehrheit in der Familie **82**

Stärkung der zweiten Führungsebene **76**

Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Professionalisierung der internen Unternehmenskontrolle **72**

Corporate Social Responsibility (CSR) **60**

Ausgewählte Merkmale; Befragung von 403 Unternehmen
Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iwD 25

Nachfolger muss im Familienkreis gefunden, auf die große Aufgabe vorbereitet und von Kunden sowie Mitarbeitern akzeptiert werden.

Kommt in der Familie niemand für die Nachfolge infrage, kann auch ein „Fremder“ ausgewählt werden, um die Geschicke des Unternehmens unter den wachsamen Augen der Eigner zu bestimmen.

In knapp der Hälfte der 400 vom IfM befragten Firmen ist der Stabwechsel in der letzten Zeit erfolgt, oder er wird gerade vollzogen. Weitere 28 Prozent planen vorerst keine Neubesetzung, immerhin ein Viertel gibt an, dass die Nachfolgefrage bald geklärt werden muss.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.